

## Neue Zürcher Zeitung

### GASTKOMMENTAR

## Chinas akademischer Nachwuchs im Ausland steht unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei

Chinas KP kontrolliert mit ihrer Stipendienpolitik den akademischen Nachwuchs im Ausland. Die freie Meinungsäußerung ist für chinesische Studierende praktisch unmöglich. Die Schweizer Universitäten sollten diese Stipendiaten nicht mehr zulassen.

Beat Hotz-Hart

5 Kommentare →

02.08.2023, 05.30 Uhr ⌚ 5 min



Studenten feiern in Peking ihren Abschluss.

Wu Hao / Keystone

Die Schulen sind angewiesen, «westlichen Irrtümern» wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz zu widerstehen. Mit dieser Forderung hat der chinesische Staats- und Partei-Präsident Xi Jinping Anfang 2023 eine Kampagne gestartet, um westliche demokratische Ideen aus dem Bildungssystem des Landes zu verbannen. «Wir können nicht zulassen, dass Schulbücher, die westliche Werte und Konzepte verbreiten, in unsere Klassenzimmer gelangen.»

Präsident Xi führte aber auch aus: «Wir müssen die Bildungserfahrungen anderer Länder kreativ in unsere eigene innovative Entwicklung einfließen lassen» und eine moderne Bildung von Weltrang mit chinesischen Merkmalen entwickeln. Ziel sei es, die Ressourcen ausländischer Hochschulen zu nutzen, um die Technologie und die Talente bereitzustellen, die Peking braucht, um den geopolitischen Wettbewerb zu gewinnen.

Die chinesische Regierung ist denn auch intensiv bestrebt, im Ausland wissenschaftliche Erkenntnisse, technische Prozesse und Fachwissen zu erwerben, die sie für kommerzielle und militärische Technologien gemäss der von ihr verfolgten militärisch-zivilen Fusion nutzen kann.

### **Mit sozialistischer Ideologie «bewaffnen»**

2019, also vor Corona, waren rund 700 000 chinesische Studierende an ausländischen Universitäten, rund die Hälfte in den USA. An schweizerischen Universitäten waren es im Wintersemester 2022/23 3519 Studierende, von 631 von ihnen an der Universität Zürich.

Der wichtigste Stipendiengeber Chinas für diese Auslandsaufenthalte ist der China Scholarship Council (CSC). Er ist dem chinesischen Bildungsministerium und damit auch der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) unterstellt. CSC führt zahlreiche Programme für Studierende im Grundstudium, Doktoranden, Postdoktoranden und Gastwissenschaftler. In den letzten fünf Jahren hat der CSC nach Angaben seines Generalsekretärs Sheng Jianxue 124 000 Stipendiaten ins Ausland geschickt.

Viele Universitäten auf der ganzen Welt haben eine formelle Partnerschaft mit dem CSC, um chinesische Studierende in ihrem Land finanziell zu unterstützen und hochkarätige Forschungsk Kooperationen zwischen dem Land und chinesischen Universitäten und Forschungseinrichtungen zu entwickeln, so auch Schweizer Hochschulen, wo CSC-Stipendiaten stark vertreten sind.

Nun werden die zitierten Zielsetzungen von Xi auch für Auslandsstipendiaten umgesetzt. Um den Erfolg des staatlichen Stipendienprogramms zu gewährleisten, betonte Sheng 2022: «Zuallererst müssen wir darauf bestehen, unseren Verstand mit Xi Jinpings sozialistischer Ideologie chinesischer Prägung in der neuen Ära zu bewaffnen.» Zentrale Aufgabe sei es, die Herrschaft der Partei zu sichern und zu stärken.

Wie bei jeder Förderagentur muss auch beim CSC jeder Bewerber für ein Stipendium vorab eine Prüfung über sich ergehen lassen und im Erfolgsfall einen Vertrag abschliessen. Das Spezielle am Verfahren und an einem wichtigen Teil der CSC-Verträge ist ihre politische Dimension. Die US-China Economic and Security Review Commission der USA hat 2020

ausgewählte Programme des CSC untersucht und in ihrem Bericht Overseas Chinese Students and Scholars in China's Drive for Innovation mit detaillierten Quellenangaben dokumentiert.

Die Bewerbungsrichtlinien von 2020 für drei wichtige CSC-Programme für einen Auslandsaufenthalt verlangen von den Bewerbern, dass sie «die Führung der Kommunistischen Partei und den Weg des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen unterstützen, das Mutterland lieben, ein Gefühl der Verantwortung haben, dem Land, der Gesellschaft und dem Volk zu dienen und eine korrekte Weltanschauung, Lebensauffassung und ein korrektes Wertesystem haben». Dies wird im Vertrag selber als Verpflichtung sinngemäss auch festgehalten.

Zudem gilt, dass die Stipendiaten während ihres Aufenthalts im Ausland die «Anleitung und Leitung» durch chinesische Botschafts- und Konsularbeamte akzeptieren und ihnen regelmässig Berichte vorlegen müssen. Die genaue Art dieser Interaktionen und der Inhalt der Berichte sind unklar.

Es ist ihnen verboten, sich an Aktivitäten zu beteiligen, «die den Interessen des Mutterlandes schaden». Der Stipendiat, so heisst es, «muss die Ehre des Mutterlandes bewusst schützen und die Anweisungen der Botschaften (oder Konsulate) im Ausland befolgen». Als schlimmstes Vergehen gilt, den Interessen Chinas zu schaden. Was genau damit gemeint ist, lässt der Vertrag offen.

## **Denunziantentum und Sippenhaft**

Der Vertrag enthält auch einen Mobilisierungsauf Ruf. Der Stipendiat wird aktiv ermutigt, einzuschreiten, wenn irgendetwas passiert, was nicht im Interesse der Volksrepublik China sein könnte. Das kann die Lehre an der Gastuniversität einschliessen oder China-kritische Veranstaltungen.

Aktionen werden vom chinesischen Sicherheits- und Repressionsapparat im Ausland unterstützt. Neben medial besonders beachteten Fällen in Grossbritannien und Australien gibt es auch Beispiele dazu aus der Schweiz, etwa bei der ETH oder der Zürcher Hochschule für Kunst.

Weiter müssen Studierende einwilligen, für eine zweijährige Arbeitsverpflichtung oft im militärisch-industriellen Komplex nach China zurückkehren. Auch nach der Rückkehr bleiben die Vorschriften für die Stipendiaten noch zwei Jahre gültig. Erst danach gilt der Vertrag als abgeschlossen.

Um eine Unterstützung zu erhalten, müssen Stipendiaten zwei Kontaktpersonen (meist aus dem familiären Umkreis) angeben, die für sie bürgen und während des Vertragszeitraums China nicht länger als drei Monate verlassen dürfen. Nicht nur die Stipendiaten, sondern auch ihre zwei Bürgen müssen sich zu den Vorgaben verpflichten. Sie können haftbar gemacht werden und bürgen mit ihrem Privatvermögen.

Verstossen die Studierenden gegen die Vertragsinhalte oder kehren sie nicht zurück, drohen hohe Geldstrafen und rechtliche Konsequenzen auch für die Bürgen. Faktisch kehren fast alle (97 Prozent) Chinesen nach ihrem Auslandsstudium zurück.

Die Politik des CSC zeigt die Art und Weise, wie die KPCh ihre Studierenden und ihren akademischen Nachwuchs führt, über eine strenge Aufsicht und grosse soziale Kontrolle verbunden mit Denunziantentum und Sippenhaft. Damit ist freie Meinungsäusserung für chinesische Studierende praktisch unmöglich, auch aufgrund der Einschüchterung oder der Konsequenzen für ihre Familie oder ihre Bürger zu Hause. Das Resultat ist Selbstzensur, Rückzug ins Private.

Auch wenn bei weitem nicht alle chinesischen Studierenden im Ausland einen solchen Vertrag abschliessen mussten, so sind sich wahrscheinlich alle der Anwesenheit von CSC-Stipendiaten bewusst. Sie fühlen sich von chinesischen Kommilitonen überwacht und halten sich aus politischen Unterhaltungen raus, gerade wenn andere Chinesen anwesend sind.

Die CSC-Politik schafft Misstrauen und Verdächtigungen unter den Studierenden und beschädigt das Arbeitsklima an Hochschulen massiv. Gemeinsames wissenschaftliches Arbeiten basierend auf gegenseitigem Vertrauen sowie getrieben von Neugier, Unvoreingenommenheit und Kreativität ist unter diesen Bedingungen unmöglich.

Die KPCh betreibt mit dieser Politik ein Sozialexperiment von historischer Bedeutung. Sie stellt sich auf den Standpunkt: Wissenschaft ist schon frei, aber unsere Wissenschaftler sind Patrioten und dienen ihrem Land, was Teil der Kultur Chinas ist. Kann Lehre und Forschung, kann Wissenschaft auf diese Weise erfolgreich funktionieren?

In Schweden, Dänemark und Norwegen, wo die Problematik solcher CSC-Verträge diskutiert wird, haben inzwischen erste Universitäten reagiert. So haben die Universitäten von Uppsala und Lund ihre Zusammenarbeit mit dem CSC abgebrochen und das Karolinska-Institut ausgesetzt.

Konsequent wäre, unter diesen Bedingungen keine Stipendiaten des CSC mehr aufzunehmen und dem CSC die Gründe dafür ausdrücklich mitzuteilen. Schweizer Universitäten sind nicht abhängig von den Einnahmen von ausländischen Studierenden wie viele andere z. B. in Schweden, Grossbritannien oder Australien. Sie können ohne Not auf CSC-Stipendiaten verzichten.

---

**Beat Hotz-Hart** ist em. Professor für Volkswirtschaftslehre der Universität Zürich. Er war Vizedirektor im Bundesamt für Berufsbildung und Technologie.

## 5 Kommentare

**C. F.** vor etwa einer Stunde

Sehr interessanter Bericht. Dass die chinesischen Studenten sicher keine Stipendien erhalten würden wenn sie nicht linientreu sind, war schon immer klar. Auch dass die chinesischen Studenten sich auffällig apolitisch geben ist auch nicht neu. Aber weils halt Geld gibt wurde/wird an den Unis lieber nicht so genau hingeschaut. Die Details im Bericht belegen dass alles eindrücklich, sehr spannend.

### 3 Empfehlungen

---

**L. M.** vor 44 Minuten

Ich sage schon lange dass unsere Wirtschaftsbosse aufhören müssen, auf den Markt China zu setzen und unsere Unis aufhören müssen, chinesische Studenten zu akzeptieren. Ausnahme sind vielleicht Studien zu